

Die Mindestlohn-Initiative ist lanciert.

Leben ohne Existenzangst

Sabine Szabo und Leyla Özil* sind für Mindestlöhne. Sie erklären Work, warum.

Wer voll arbeitet, soll davon leben können. Eine Selbstverständlichkeit und eigentlich die Grundlage unseres Wirtschaftssystems. Doch ein Blick auf die Tiefstlöhne beim Westschweizer Sandwichfabrikanten Barbey (siehe Seite 3) zeigt: Viele Vollzeitjobs reichen immer noch nicht zum Leben. Dasselbe Bild in Tieflohnbranchen wie Detailhandel, Dienstleistungen, Gastgewerbe, zum Teil aber auch Industrie und Gewerbe.

Vor zehn Jahren konnten die Gewerkschaften mit der Kampagne „Kein Lohn unter 3000 Franken“ die Tiefstlöhne deutlich anheben. Steigende Krankenkassenprämien, Mieten und Abgaben und der zunehmende Lohndruck haben diese Erhöhungen aber zumindest teilweise wieder weggefressen. Deshalb lancieren die Gewerkschaften jetzt ihre Mindestlohninitiative unter dem Motto „Mindestlohn 4000“.

2009 war laut Bundesamt für Statistik jede siebte Person in der Schweiz von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Ausländer und schlecht Ausgebildete. Die Zahl der Working Poor, also jener, die trotz Vollzeitjob arm sind, stieg auf fast 150'000.

3600 Franken zu Dritt

Deshalb braucht es eine „Leitplanke gegen unten“, sagt Sabine Szabo. „Denn 4000 Franken sind im Hochpreisland Schweiz gerade genug, um die elementaren Bedürfnisse zu decken.“ Szabo weiss, wovon sie spricht. Die 38jährige Dekorationsgestalterin muss als Mutter eines 10jährigen Mädchens und eines 14jährigen Bubens mit weniger als 4000 Franken auskommen.

Kein Coiffeur

Vollzeit kann Szabo als Alleinerziehende nicht arbeiten. Als Teilzeiterin findet sie im Raum Bern-Biel im angestammten Beruf keine Stelle. Oder nur eine, die noch schlechter bezahlt ist als ihre beiden Jobs in einer Bar und in einem Restaurant. Dort verdient sie als Ungelernte 21 Franken brutto die Stunde, plus zwei Franken anteilmässig für die Ferien. Ab und zu kann sie als Selbständige ein Schaufenster gestalten. Oder sie kann beim betreuten Mittagstisch ihrer Wohngemeinde aushelfen.

So kommt Szabo inklusive Alimente je nach Arbeitspensum auf 3600 bis 3800 Franken netto im Monat. Übers Jahr gerechnet. Denn es gibt auch Monate, in denen sie nur ein paar Stunden arbeiten kann, und dann fällt der Lohn entsprechend tiefer aus. So oder so gehen erst einmal rund 2000 Franken für Miete, Krankenkassenprämien, Versicherungen weg. Tendenz steigend. Denn während ihr Lohn gleich geblieben ist, muss Szabo trotz Prämienverbilligung seit Jahren immer mehr für Krankenkassenprämien zahlen.

In Szabos Drei-Personen-Haushalt lebt man sparsam: Kein Auto, kein Fernseher, für Telefon und Internet werden die billigsten Angebote genutzt. Für drei Wochen Portugalferien (3000 Fr.) musste Szabo „vier Jahre lang knallhart sparen“. Jetzt muss noch der Prämienanstieg eingespart werden. Die Skiferien wurden gestrichen. Haare werden nur noch zu Hause geschnitten. Und „unsere Kleider stammen mehr oder weniger aus Altkleidersäcken“. Nur beim Essen achtet Szabo auf Qualität.

Ihr mache das nicht viel aus, sagt Szabo, „ich lege keinen Wert auf Materielles. Wenn ich mehr Geld hätte, würde ich nicht grundsätzlich anders le.“ Schwierig sei es für die Kinder: Sie müssen immer wieder hören: Nein, das können wir uns nicht leisten.“ Am meisten Bauchweh macht Szabo, dass sie ohne Ersparnes und mit ihrem Lohn den Kindern keine bessere Ausbildung finanzieren kann. Geschweige denn, dass für sie selbst Weiterbildung drinliegen würde.

Den Gang zum Sozialamt scheut Szabo. „Aber wenn zum Beispiel eine grauenhaft hohe Zahnarztrechnung kommen würde, müsste ich trotzdem um Geld betteln gehen.“ Damit formuliert die bewusste Gewerkschafterin und Präsidentin der Unia Sektion Bern den Anspruch, selbst mit dem Haushalten zu können, was sie verdient hat, und nicht auf fremde Hilfe angewiesen sein zu müssen. Nichts anderes als den Anspruch auf einen würdigen Lohn, der zum Leben reicht.

Szabo versteht sich nicht als arm. Weil sie weiss: Andere verdienen trotz Vollzeitjob noch weniger. Wie Leyla Özil*, die in der Ostschweiz für ihren 40-Prozent-Job an der Kasse eines Fabrikladens 1100 Franken netto verdient. Für ihre drei bis fünf Stunden täglich im Büro und als Kontrolleurin eines Putzinstituts bekommt die 30jährige 18 Franken die Stunde. Macht 2500 bis 2600 Franken monatlich für ein Vollzeitpensum.

Froh um Arbeit

Mehr als die Hälfte des Lohns geht für Wohnen und Krankenkasse drauf. Doch Özil ist froh, dass sie wenigstens

Arbeit hat. Aus Angst, ihre Jobs zu verlieren, tritt sie nicht mit Namen in Work auf. Denn in der Schweiz spricht man nicht über den Lohn. Auch wenn er nicht zum Leben reicht. Davon profitieren skrupellose Lohndrücker.

Auch darum haben die Gewerkschaften die Mindestlohninitiative lanciert. Es braucht sie nicht nur, weil alle vom erarbeiteten Wohlstand profitieren sollen. Sondern auch, weil sie der beste Schutz gegen Lohndumping und -druck sind. Weil 10 Prozent der Beschäftigten weniger als 4000 Franken verdienen. Weil 6 von 10 Arbeitenden nicht durch vertraglich vereinbarte Mindestlöhne geschützt sind. Und vor allem, weil Menschen wie Sabine Szabo und Leyla Özil ein Recht auf ein Leben ohne ständige Existenzangst haben.

Die Initiative:

22 Franken pro Stunde mindestens

Die Mindestlohninitiative sieht den Verfassungsartikel 110a „Schutz der Löhne“ vor. Darin heisst es: „Der Bund legt einen gesetzlichen Mindestlohn fest.“ Dieser gilt „als zwingende Lohnuntergrenze“ und wird „regelmässig an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst“. In den Übergangsbestimmungen wird der Mindestlohn für 2011 auf 22 Franken pro Stunde festgesetzt (4000 im Monat).

Aktionen

Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird von der SP unterstützt. Am Dienstag, 25. Januar, wird die Unterschriftensammlung mit verschiedenen Aktionen in der ganzen Schweiz lanciert. Der nächsten Work-Ausgabe wird ein Unterschriftenbogen beiliegen.

*Name der Redaktion bekannt.

Matthias Preisser.

Work. Freitag, 20-01-21